



Dagmar Freitag

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Sportausschusses

Dagmar Freitag, MdB · Platz der Republik 11011 Berlin

FriedensPlenum Iserlohn
c/o JUZ
Karnacksweg 44

58636 Iserlohn

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 72 076
Fax: (030) 227 – 76 293
dagmar.freitag@bundestag.de
www.dagmar-freitag.de

Ansprechpartnerin:
Christiane Trunk
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Berlin, den 28. Januar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Übersendung Ihres Offenen Briefes zur Verlängerung des Afghanistan-Mandats.

Gern möchte ich Ihnen meine Beweggründe, die mich zu einer Zustimmung veranlasst haben, in beiliegender Erklärung, die ich zusammen mit Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion nach § 31 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages abgegeben habe, ausführlich erläutern.

Es ist mir wichtig, eines deutlich herauszustellen: Zu meiner Zustimmung habe ich mich nach intensiven und verantwortungsvollen Gesprächen entschlossen, die in verschiedenen Gremien stattgefunden haben (Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionssitzung, Auswärtiger Ausschuss). Zudem hat die SPD für einen Strategiewechsel in der Afghanistan-Politik gesorgt (u. a. beginnender Abzug 2011), den ich ausdrücklich unterstütze, zu dem die Bundesregierung jedoch gezwungen werden musste.

Sie haben mich zu einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion eingeladen – auch hierfür bedanke ich mich. Leider kann ich jedoch nicht teilnehmen, da sich dieser Termin in einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages befindet und ich in Berlin sein werde. Ich bitte daher um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

**Erklärung nach § 31GO der Abgeordneten
Christoph Strässer, Dagmar Freitag u. a.
zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung
bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen
Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance
Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und
folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der
Vereinten Nationen, Drucksache 17/4402 vom 13.01.2011**

Nach einem gründlichen und sehr verantwortungsbewussten Diskussionsprozess hat die SPD im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz einen Strategiewechsel gefordert, dessen wesentliche Elemente Teil des Mandatsbeschlusses des Deutschen Bundestages vom 26. Februar 2010 wurden.

Kernforderungen der SPD waren

- die Mittel für den zivilen Aufbau zu verdoppeln und die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans voranzutreiben
- mehr Nachdruck auf eine gute Regierungsführung und den weiteren Aufbau staatlicher Strukturen zu legen
- die Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei deutlich zu verstärken
- eine unabhängige Evaluierung des Afghanistan-Einsatzes anhand von messbaren und qualitativen Fortschrittskriterien einzufordern
- den Prozess der innerafghanischen Versöhnung zu unterstützen und voranzutreiben
- die afghanischen Anrainerstaaten wie Pakistan, Iran, die zentralasiatischen Nachbarn, aber auch China und die Türkei stärker in eine politische Lösung der afghanischen Konflikte einzubinden
- der schrittweise Abzug des deutschen ISAF-Kontingents, beginnend 2011 und eine Beendigung des militärischen Engagements zwischen 2013 und 2015. Parallel dazu eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Streitkräfte.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Forderungen ist festzustellen, dass im Jahr 2010 nahezu eine Verdopplung der deutschen Mittel für den zivilen Aufbau Afghanistans auf 430 Millionen Euro stattgefunden hat. Es sind auch erhebliche quantitative Fortschritte bei der Ausbildung von afghanischen Soldaten und Polizisten erfolgt. Allerdings entspricht die Qualität der Ausbildung durch kurze, nur wenige Wochen dauernde Ausbildungskurse mit einem hohen Anteil von Analphabeten nicht immer den Erfordernissen.

Durch die Berufung des 70-köpfigen „Hohen Friedensrates“ unter Vorsitz des früheren Staatspräsidenten Burhanuddin Rabbani durch Präsident Hamid Karzai und die Bildung eines Reintegrationsfonds, in den bisher etwa 160 Millionen US-Dollar eingezahlt wurden (darunter ein deutscher Anteil von 50 Millionen Euro über fünf Jahre), sind erste Schritte im Hinblick auf einen innerafghanischen Versöhnungsprozess unternommen worden. Ob dieser Prozess zu den gewünschten Erfolgen führt, ist gegenwärtig noch nicht abschließend zu beurteilen.

Kaum Fortschritte sind allerdings im Bereich guter Regierungsführung festzustellen. So sind weder nennenswerte Fortschritte im Einsatz gegen Korruption und den Drogenanbau, noch beim Aufbau der Rechtsstaatlichkeit und flächendeckend tragfähiger Verwaltungsstrukturen zu verzeichnen. Auch ist die Einbeziehung der afghanischen Nachbarländer in einen notwendigen Friedensprozess nicht gelungen, bzw. sind bislang keine nachhaltigen Initiativen der Bundesregierung feststellbar, diesen Prozess zu befördern. Wir erwarten hier ein stärkeres Engagement der Bundesregierung.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass nur eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation des Afghanistaneinsatzes die erforderliche Wirkungsanalyse des Anfang 2010 eingeleiteten Strategiewechsels vornehmen kann und bedauern, dass die Koalitionsfraktionen im vergangenen Jahr einen gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen (Drs 17/1964) dazu abgelehnt haben.

Der von der Bundesregierung im Dezember 2010 vorgelegte Fortschrittsbericht Afghanistan beleuchtet neben einigen Erfolgen zwar auch Fehlentwicklungen in Afghanistan, leistet aber keine qualitative Analyse der vor einem Jahr eingeleiteten Maßnahmen.

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten haben bei ihrem Gipfeltreffen in Lissabon am 19. und 20. November eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Behörden bis zum Jahr 2014 beschlossen. Mit diesem Prozess soll bereits in den kommenden Wochen und Monaten begonnen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht geradezu folgerichtig, auch im Laufe dieses Jahres bereits mit dem Rückzug der Bundeswehr zu beginnen. Eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung ohne einen Teilrückzug der internationalen Kräfte wäre ein Etikettenschwindel. Ein Verschieben des Abzugsbeginns würde auch den notwendigen Druck auf die afghanische Regierung lockern, schrittweise die Sicherheitsverantwortung in Afghanistan zu übernehmen und damit einen verantwortungsbewussten Abzug insgesamt in Frage stellen.

Die USA werden nach allen vorliegenden Informationen bereits im Juli mit dem Rückzug ihres im vergangenen Jahr vorgenommen Aufwuchses in Höhe von 30.000 Soldaten beginnen. Dieser Prozess wird sich über mehrere Monate hinziehen.

Insofern ist die von der SPD erhobene Forderung, den Beginn des Rückzugs der Bundeswehr im Jahr 2011 im vorliegenden Mandat schriftlich zu fixieren, nur folgerichtig gewesen. Die Bundesregierung ist dieser Forderung nachgekommen, wenn auch nur konditioniert. Noch weniger Verständnis als für die vorgenommene Konditionierung haben wir für Aussagen einzelner Mitglieder der Bundesregierung, namentlich des Bundesverteidigungsministers, der öffentlich den Eindruck erweckt hat, ihm sei die Festlegung auf eine Jahreszahl in Bezug auf einen Rückzugsbeginn gleichgültig. Daraus spricht unseres Erachtens eine Missachtung des Parlaments, und wir hätten an dieser Stelle eine angemessene Klarstellung durch die Bundeskanzlerin erwartet.

Trotz dieser Begleitumstände stimmen wir dem vorliegenden Mandat zu, um den auch von uns initiierten Strategiewechsel eine Chance zu geben. Wir erklären aber schon jetzt, dass wir eine erneute Zustimmung zu einer weiteren Mandatsverlängerung, die voraussichtlich im kommenden Jahr dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt wird, an die Einhaltung der Zusage der Bundesregierung knüpfen „im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011(zu) reduzieren... und dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung (zu) nutzen ...“ (Antrag der Bundesregierung (Drs 17/4402).